

FDP

Die Liberalen

## Presseinformation

Nr. 254 / 2014

Kiel, Donnerstag, 5. Juni 2014

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
Vorsitzender

**Christopher Vogt, MdL**  
Stellvertretender Vorsitzender

**Dr. Heiner Garg, MdL**  
Parlamentarischer Geschäftsführer

Wirtschaft / Industriepolitik

### Christopher Vogt: FDP-Fraktion fordert die Erarbeitung eines industriepolitischen Konzeptes für Schleswig-Holstein

Zur Einbringung des Antrages der FDP-Fraktion „Industriepolitisches Konzept des Landes erarbeiten“ (Drucksache 18/1964) erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Die Statistiken belegen, was die Bürger unseres Landes seit langem spüren: Schleswig-Holstein hat sich von der positiven wirtschaftlichen Entwicklung der westdeutschen Flächenländer zusehends abgekoppelt. Seit Beginn der 1990er Jahre hat das Land ein Drittel seiner Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe verloren. Der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung hat sich im gleichen Zeitraum fast halbiert.

Dies ist der entscheidende Grund dafür, dass Schleswig-Holstein nur eine unterdurchschnittliche Wirtschaftsentwicklung hat. Auch deshalb wird Schleswig-Holstein mittlerweile als ‚Lohnkeller‘ der westdeutschen Bundesländer bezeichnet.

Ein intakter industrieller Kern ist eine Grundvoraussetzung für eine positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Die Löhne im verarbeitenden Gewerbe sind um ein Viertel höher als im Dienstleistungsgewerbe. Die Industrie erzielt die höchste Wertschöpfung und sorgt mit ihren Vorleistungen dafür, dass auch in den unternehmensnahen Dienstleistungen eine hohe Zahl gutbezahlter Beschäftigungsverhältnisse erhalten und generiert wird.

Es wird Zeit, dass die Landesregierung sich ihrer wirtschaftspolitischen Verantwortung bewusst wird und hier nun endlich durchstartet. Die Landesregierung darf dem Prozess der schleichenden Deindustrialisierung nicht mehr tatenlos zusehen. Die FDP-Fraktion fordert in ihrem Antrag

die Landesregierung auf, gemeinsam mit den Kommunen, den Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften sowie den Hochschulen im Land ein industriepolitisches Konzept zu erarbeiten, das darauf ausgelegt sein soll, dass Schleswig-Holstein bis 2030 bei den entsprechenden wirtschaftlichen Kennzahlen wieder mindestens den Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer erreicht.

Es gibt keinen plausiblen Grund dafür, dass Schleswig-Holstein dauerhaft der ‚Lohnkeller‘ der Republik bleiben muss. Wer die Situation der Menschen konkret verbessern will, der muss dafür Sorge tragen, dass sich Industrie und verarbeitendes Gewerbe bei uns ansiedeln und darf nicht mit wirtschaftschädlichen Gesetzen das Gegenteil bewirken.“